

Der Schulbeginn in Liechtenstein naht

Verkehrsinstruktor Markus Ott im Gespräch mit dem «Volksblatt».







Die Tageszeitung 🙇 für Liechtenstein

Freitag, 12. August 2016 139. Jahrgang Nr. 183

Heute

Open Air Wavejam 2016 -Zum letzten Mal



Auf dem Sportplatz Balzers beginnt heute Abend das 15. und letzte Wavejam. Heisse Bands spielen bis tief in die Nacht – bei jedem Wet-

Inland Ganz im Zeichen von Persönlichkeitsbildung, Spiritualität, Leib und Seele steht das neue Programm vom Haus Gutenberg, Seite 2

Wirtschaft Nach dem Abgasskandal rollt die nächste Welle an negativen Schlagzeilen auf die Autobauer zu: Funktüröffner sollen mani-pulierbar sein und Autos sich so von Unbefugten öffnen lassen Seite 9

Sport An diesem Wochen ende rollt auch in der engli-schen Premier League wieder der Ball. Dabei blasen in dieser Saison vor allem die Clubs aus Manchester zum Angriff – sie haben mächtig aufgerüstet. Seite 14

Zitat des Tages



«Kinder verbluten in der Sekunde, in der wir hier sprechen. Die kommenden Stunden werden entscheidend sein, ob sie sterben oder überleben.»

JAN EGELANDE UN-NOTHILFEEXPERTE ZU LAGE IN SYRIEN. SEITE 8

Wetter Bewölkt, letzte Tropfen am Morgen und nur wenig Sonne. Seite 18



Inhalt

Inland Ausland Kino/Wetter 18 Wirtschaft 9+10

Fr. 2.50 www.volksblatt.li



Finanzausgleich: Vorsteher sehen keinen direkten Handlungsbedarf

Skepsis Einen Systemwechsel beim Finanzausgleich halten verschiedene Vorsteher nicht für nötig. Bevor dieses «Mammutprojekt» in Angriff genommen werden sollte, gäbe es noch andere Aufgaben zu lösen, findet der Vaduzer Bürgermeister Ewald Ospelt.

VON DORIS QUADERER

Ende Juni hatte der Liechtensteiner Thinktank, die Stiftung Zukunft.li, eine Studie mit dem Titel «Finanzausgleich - Argumente für eine Neu-ausrichtung» vorgestellt. Auch in ei-ner Sitzung der Vorsteherkonferenz bekam der Geschäftsführer der Stif-tung, Thomas Lorenz, die Gelegenheit, die neuen Ansätze zu präsen-tieren. Dabei stiess die Idee, das System vom bisher vertikalen Finanz-ausgleich (Staat zahlt an Gemeinden) in einen teilweise horizontalen (finanzstarke Gemeinden unterstützen die finanzschwachen) zu wandeln, nur bedingt auf offene Ohren. Laut Ewald Ospelt, der von Amtes wegen Vorsitzender der Vorsteherkonferenz ist, hätten die Vorsteher die Studie diskutiert, jedoch keine weitere Vorgehensweise festgelegt. Er hielt fest, dass das bestehende System, als auch mögliche Varianten, durchaus Vor- und Nachteile hätten, welche es sorgfältig zu prüfen gelte. Bevor man jedoch das gan-ze System buchstäblich auf den Kopf stelle, wäre aus seiner Sicht eine stärkere Entflechtung der Aufgabenbereiche von Gemeinden und Staat sinnvoll.

Nicht passiv mitzahlen

Ähnlich sieht es auch die Ruggeller Vorsteherin Maria Kaiser-Eberle: «Die



Die Gemeinde Schellenberg generiert am wenigsten Steuern pro Kopf und ist daher am stärksten auf den Finanzausgleich angewiesen. Vorsteher Norman Wohlwend ist mit dem jetzigen System grundsätzlich zufrieden. (Foto: Gemeindearchiv)

Studie hat sehr gute Denkanstösse geliefert», sagte sie auf Anfrage. Für

einen kompletten Systemwechsel müss-ten jedoch verschiedene Punkte noch ge-nauer analysiert werden. Aber auch sie ist der Meinung, dass man verschiedene

Aufgabenbereiche von Land und Gemeinde noch stärker trennen könnte. «Gerade im Bereich Sozialhilfe müssen die Gemeinden ja nur zahlen und können nicht gross mitbestimmen. Ich finde, dort wo man zahlt, sollte man auch wirklich mitbestimmen können», so Kaiser-Eberle. Auch der Schellenberger Vorsteher Norman Wohlwend steht einem kompletten Systemwechsel skeptisch gegenüber: «Das jetzige System ist ja noch relativ

jung, man kann

aber natürlich dis-

kutieren, einzelne Bereiche noch zu

optimieren», er-klärte er auf An-

«Ich finde, dort wo man zahlt, sollte man auch mitbestimmen können.»

MARIA KAISER-EBERLE

frage, «bevor man ein neues System angeht, sollte man zuerst genau regeln, wer wofür zuständig ist.»

Vier heikle Bereiche

Nur, dies wiederum scheint nicht so einfach zu sein. Vor einigen Jahren hatte sich eine Arbeitsgruppe mit der Entflechtung der Mischfinanzie-rungen von Land und Gemeinden befasst. Durchaus erfolgreich: sehr

viele Punkte hätten dabei auseinanderdividiert werden können, hielt Norman Wohlwend fest. Vier wesentliche Punkte hätten jedoch nicht entflechtet werden können, dies in den Bereichen Bildungswesen, Er-gänzungsleistungen, wirtschaftliche Sozialhilfe und Alterspflege. Während die Kosten im Bildungswesen laut Norman Wohlwend für die kommenden Jahre gut abgeschätzt werden können, könnten die Kosten in den anderen Bereichen in den kommenden Jahren deutlich steigen. Da her sei es schwierig eine faire Lö-sung zu finden. Eine Variante wird in der Studie der Stiftung Zukunft.li aufgeführt. Diese erachten die be-fragten Vorsteher durchaus als prüfenswert.

Sozialhilfebilanz Neun von zehn Asylwerber werden unterstützt

NEUENBURG Die Zahl der Sozialhilfebezüger im Asylbereich ist 2015 um gut ein Fünftel angestiegen. Fast neun von zehn Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene wurden fi-nanziell unterstützt, insgesamt knapp 23 900 Personen. Die stärkste Zunahme gab es bei den vorläufig Aufgenommenen mit weniger als sieben Jahren Aufenthalt. Wie das Bun-desamt für Statistik (BFS) am Donnerstag mitteilte, wurden am 30. Ju-ni 2015 in dieser Kategorie rund 10 200 Personen registriert, 45 Pro-

zent mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der sozialhilfebeziehenden Asylbewerber erhöhte sich demge-genüber um lediglich 7 Prozent auf 13 600. Im Mittel betrug die Sozialhilfequote aller Personen im Asylbe-reich am Stichtag fast 89 Prozent. Das entspricht einem Plus von 5 Pro-

Weil Asylbewerber in den ersten Monaten nach Einreichung ihres Gesuches nicht arbeiten dürfen, liegt ihre Sozialhilfequote mit 94 Prozent deutlich höher. Von den vorläufig Aufgenommenen, deren Eingliederung in den Arbeitsmarkt gefördert rung in den Arbeitsmarkt gefördert wird, werden 82 Prozent unterstützt. Die Höhe der Beihilfen blieb laut BFS 2015 stabil. Für Grundbedarf, Wohnen, Gesundheitskosten und so weiter hatte jede Person Anrecht auf 1119 Franken. Tatsächlich ausbezahlt wurden nach Abzug allfälliger Einkommen im Schnitt 1087 Franken. Mehr als neun von zehn unterstützten Personen bestreiten allerdings ihren Lebensunterhalt ausschliesslich aus der Sozialhilfe. Die Sozialhilfestatistik im Asylbereich wird vom BFS im Auftrag des Staatssekretariats für Migration (SEM) durchgeführt.

Explosionen in Thailand

Mindestens ein Toter und 17 Verletzte

BANGKOK Bei zwei Bombenexplosionen im thailändischen Badeort Hua Hin ist gestern Abend eine Frau ge-tötet worden. Zehn Menschen wurtotet worden. Zenn Menschen wur-den verletzt, teilte die thailändische Polizei mit. In anderen Berichten war von 17 Verletzten die Rede. Un-ter den Opfern sollen sich acht ausländische Touristen befinden. Hua Hin ist ein populärer und gehobener Badeort südlich von Bangkok. Die Explosionen ereigneten sich im Abstand von 20 Minuten. Bei der ersten Detonation wurde niemand verletzt, erst bei der zweiten kam es zu Opfern. Über die Hintergründe der Anschläge war vorerst nichts bekannt. Bei einem weiteren Vorfall am Donnerstag explodierte eine Bombe auf einem Markt in der südlichen Pro-vinz Trang. Dabei wurden sechs Menschen verletzt. (apa/reu/dpa)

Fussball

FC Vaduz misst sich heute mit Augsburg

GERMARINGEN Der FC Vaduz nutzt das spielfreie Wochenende für ein weiteres Testspiel. Gegner ist heute der deutsche Bundesligist FC Augsburg (18.30 Uhr). (mp)



Jeden Tag ein spezielles, frisch vor deinen Augen zubereitetes Sandwich

Verlag: Liechtensteiner Volksblatt AG, Im alten Riet 103, 9494 Schaan, Telefon +423 237 51 51, Fax +423 237 51 66, verlag@volksblatt.li; Täglich aktuelle Nachrichten: www.volksblatt.li Inserate: Telefon +423 237 51 51, inserate@volksblatt.li; Aboservice: Telefon +423 237 51 41, abo@volksblatt.li; Redaktion: Telefon +423 237 51 61, Fax +423 237 51 55, redaktion@volksblatt.li

FREITAG 12. AUGUST 2016 Volksblatt Inland 3

Aus der Region

Bündner Polizei stoppt 76-jährigen Geisterfahrer

CHUR Die Bündner Kantonspolizei hat am Donnerstag auf der A 13 bei Chur einen 76-jährigen Geisterfahrer aus Deutschland gestoppt. Der Rentner hatte auf der Autobahn gewendet. Der Automobilist fuhr auf der Nordspur, als eine Polizeipatrouille von der Südspur aus beobachtete, dass der Mann seinen Wagen wendete und in südlicher Richtung weiterfuhr. Die Patrouille schaltete Blaulicht und Sirene ein, um den Deutschen zu warnen, wie die Polizei mitteilte. Eine weitere Patrouille verursachte absichtlich einen Stau, sodass keine weiteren Fahrzeuge mehr in Richtung Norden fahren konnten. Auf der Höhe der Örtlichkeit Plankis konnte der Falschfahrer schliesslich zum Anhalten gebracht werden. Auf diese Weise konnte ein Unfall verhindert werden. Der Lenker wird sich vor der Bündner Staatsanwaltschaft verantvorten müssen. (sda)

«Volksmund»

Zu schön, zu urchig, um in Vergessenheit zu geraten

SCHAAN Das «Volksblatt» stellt in loser Folge Dialektbegriffe vor, die der jüngeren Generation mitunter bereits nicht mehr geläufig sein dürften. Natürlich greifen wir auch hierbei gerne auf das diesbezüglich breite Wissen unserer Leserschaft zurück. Kritik, Lob und Vorschläge sind willkommen - und erreichen uns unter der folgenden E-Mail-Adresse: redaktion@volksblatt.li. (red)



Gfell ha

GLÜCK HABEN

ER HÅT GFELL KHAA ASAR NED UNDRS AUTO KÖ ISCHT.

24 024 Franken pro Einwohner: Gemeindekassen füllen sich weiter

Finanzen Die Gemeinden sitzen nicht nur auf einem gut gefüllten Polster, sie konnten ihr Nettofinanzvermögen 2014 sogar noch deutlich steigern. Pro Einwohner entfallen aus den Gemeindekassen 24 024 Franken

VON DANIELA FRITZ

icht erst seit der Veröffentlichung der Studie zum Finanzausgleich der Stiftung Zukunft.li (siehe unten) stehen die Nettofinanzvermögen* der Gemeinden wieder in Diskussion: Diese sind 2014, nach den neuesten verfügbarer Zahlen aus dem Statistischen Jahrbuch 2016, erneut um 7,1 Prozent auf knapp 900 Millionen Franken angewachsen. Fast alle Gemeinden steigerten ihr Nettofinanzvermögen gegenüber dem Vorjahr. Mit einem Plus von 33,1 Prozent verzeichnet Gamprin mit Abstand den grössten Zuwachs, gefolgt von Schaan (+14,8 Prozent) und Vaduz (+7,4 Prozent). Lediglich in Mauren (-0,3 Prozent) und Triesenberg (-29 Prozent) schrumpft das Nettofinanzvermögen.

Die reichste Gemeinde ist nach wie vor Vaduz mit einem Nettofinanzvermögen von 423,2 Millionen Franken. Darauf folgen deutlich abgeschlagen Schaan mit 131,7 Millionen Franken, und Triesen (64,5 Millionen Franken) sowie Balzers (61,8 Millionen Franken).

Vaduz ist die reichste Gemeinde

Angesichts dieser Zahlen ist es nicht verwunderlich, dass der Hauptort mit 78 066 Franken auch über das höchste Pro-Kopf-Vermögen im Land verfügt. Den zweiten Platz machen aber nicht etwa Schaan (22 072), Triesen (12 867) oder Balzers (13 461), sondern die einwohnerschwächsten Gemeinden: Auf jeden der 424 Plankner entfallen 29 889 Franken des gesamten Nettofinanzvermögens der Gemeinde, in Schellenberg mit 1053 Einwohnern sind es 22 881 Franken pro Kopf. Am wenigsten des Nettofinanzvermögens ihrer Gemeinde fällt auf die Triesenberger (13 461). Das Nettofinanzvermögen aller Gemeinden beträgt bezogen auf alle Einwohner des Landes 24 024 Franken. Da dieser Wert von hoch vermögenden Gemeinden wie Vaduz allerdings stark verzerrt wird, ist der Median in diesem Fall



	Finanzvermögen	Finanzvermögen	Finanzvermögen		
	Dezember 2012	Dezember 2013	Dezember 2014	Einwohner	Finanzvermögen
Gemeinde	(in Tsd. Fr.)	(in Tsd. Franken)	(in Tsd. Franken)	Dezember 2014	pro Einwohner 2014
Vaduz	389 290	394 053	423 196	5421	78 066
Triesen	61 923	62 186	64 462	5010	12 867
Balzers	57 095	60 756	61 773	4589	13 461
Triesenberg	27 793	27 761	26 946	2602	10 356
Schaan	111 361	114 596	131 614	5963	22 072
Planken	11 635	12 174	12 673	424	29 889
Eschen	51 467	51 576	51 749	4311	12 004
Mauren	43 843	43 835	43 710	4189	10 435
Gamprin	17 772	21 323	28 382	1657	17 129
Ruggell	26 452	27 527	29 097	2147	13 552
Schellenberg	20 635	22 717	24 094	1053	22 881
Total	819 265	838 504	897 696	37366	24 024

*Nettofinanzvermögen: Finanzvermögen abzüglich der Verbindlichkeiten

Quelle: Statistisches Jahrbuch 2012 bis 2014

Foto: Shutterstock; Grafik: «Volksblatt»

aussagekräftiger. Diesen bildet die Gemeinde Ruggell mit 13 552 Franken pro Einwohner. Demnach weisen die Hälfte der anderen Gemeinden einen niedrigeren Wert, die andere Hälfte einen höheres Nettofinanzvermögen pro Kopf auf.

Vermögen statt Schulden

Dass ein solches Vermögen pro Einwohner durchaus eine Seltenheit ist, zeigt der Vergleich mit der Schweiz. Dort entfallen auf jeden Einwohner Schulden von 2564 Franken, da die kumulierten Finanzvermögen der Gemeinden niedriger waren als deren verwendetes Fremdkapital. Die liechtensteinischen Gemeinden hingegen könnten gemäss der Studie von Zukunft.li viereinhalb Jahre allein von ihren Reserven zehren, ohne auf Steuern oder Finanzausgleichsmittel angewiesen zu sein wobei auch hier ein deutlicher Un-

terschied zwischen dem oberen Ende (Vaduz mit knapp 14 Jahren) und dem Schlusslicht (Triesenberg und Eschen mit je 1,5 Jahresbudgets) liegt.

'Beim Finanzvermögen handelt es sich um alle Vermögenswerte einer Gemeinde, die nicht direkt der Früllung öffentlicher Aufgaben dienen also neben tatsächlichen Finanzreserven auch die Werte von Grundstücken und Gebäuden, die nicht für Gemeindeaufgaben nötig sind. Beim Nettovermögen werden zusätzlich noch die Verbindlichkeiten abgezogen.

Vorsteher würden weitere Entflechtung von Aufgaben und Kosten zwischen Land und Gemeinden begrüssen

Optimierungspotenzial Die Vorsteherkonferenz würde es begrüssen, wenn die Kosten von Land und Gemeinden klarer aufgeteilt wären. Das wäre laut der Studie «Finanzausgleich, Argumente für eine Neuausrichtung» der Stiftung Zukunft.li die effizienteste Lösung. Vier Bereiche müssten angepackt werden.

VON DORIS QUADERER

Wer übernimmt im Gemeinwesen welche Kosten, diese Frage sorgt nicht nur in Liechtenstein, sondern auch in der Schweiz immer wieder für Kopfzerbrechen. Eine Studie von Avenier Suisse aus dem Jahr 2013 kam zum Schluss, dass die Gemeinden im selben Aussmass an der Finanzierung einer Aufgabe beteiligt sein sollen, wie sie für die Erbringung verantwortlich sind. Schliesslich fehle den Gemeinden der Anreiz, Aufgaben möglichst effizient zu erbringen, wenn sie nicht für die Kosten aufkommen müssten. Auch umgekehrt fehle der Sparanreiz beim Staat, wenn die Gemeinden die Kosten zu tragen hätten.

Land befiehlt - Gemeinde zahlt mit

Dies ist in Liechtenstein insbesondere in vier Bereichen der Fall, beim

Bildungswesen, bei der wirtschaftlichen Hilfe, den Ergänzungsleistungen und bei der Alterspflege:

• Bei der wirtschaftlichen Hilfe und bei den Ergänzungsleistungen («Sozialhilfe» für AHV- und IV-Bezüger) hat beispielsweise nur das Land das Sagen. Der Staat bestimmt sämtliche Regelungen zu Anspruch, Höhe und Dauer der Leistungen. Die Gemeinden haben laut der Studie der Stiftung Zukunft.li lediglich bei den Ergänzungsleistungen ein eingeschränktes Vetorecht, indem die Anpassung verschiedener Parameter an die Teuerung nur mit Zustimmung einer Mehrheit der Gemeinden möglich ist. Die Studie kommt hier zum Schluss, dass Rechtssetzung und Durchführung zu 100 Prozent beim Land liegen. Die Gemeinden haben aber trotzdem die Hälfte der Aufwendungen für wirtschaftli-

che Hilfe und Ergänzungsleistungen inklusive Betreuungs- und Pflegegeld zu finanzieren. Laut Regierung haben dafür Land und Gemeinden im Jahr 2014 je 3,8 Millionen (wirtschaftliche Hilfe) bzw. 8,8 Millionen Franken (Ergänzungsleistungen) aufgewendet.

• Auch die Kosten für die ambulante und stationäre Alterspflege werden von zu einem grossen Teil von Land und Gemeinden gemeinsam getragen. Hier steuerten die Gemeinden im Jahr 2014 8 Millionen Franken bei, der Staat 8,5 Millionen. Da die Pflegeheime des Landes mit Ausnahme von Balzers, von der öffentlichrechtlichen Stiftung des Landes, der Liechtensteinischen Alters- und Krankenhilfe (LAK) betrieben werden, hat quasi auch in diesem Bereich der Staat die Hoheit über die wesentlichen organisatorischen Re-

geln. Die Gemeinden sind jedoch im sogenannten Strategierat vertreten, haben also ein gewisses Mitspracherecht. Im ambulanten Bereich sind die Gemeinden auf Basis einer Leistungsvereinbarung mit dem Verein Familienhilfe eingebunden.

• Im Bereich Bildung auf Kindergarten und Primarschulstufe teilen sich ebenfalls Gemeinden und Land die Kosten für Infrastruktur und Personal. Auch hier hält die Studie der Stiftung Zukunft.li fest, dass die Kosten durch staatlich festgelegte Parameter wie Klassengrössen, Lehrplan Gehaltssysteme und Sonderangebote beeinflusst werden. Die wirklich bildungsrelevanten Entscheidungen würden vom Land getroffen, heisst es in der Studie. Punkto Finanzierung sehe es jedoch anders aus: «Neben den Kosten für Infrastruktur übernehmen die Gemeinden 50 Pro-

zent der Personalkosten sowie 30 Prozent der Kosten für die Sonderschulung und für pädagogisch-therapeutische Massnahmen.» Im Jahr 2014 hat das Land laut Regierung in diesem Bereich 23 Millionen beigesteuert, die Gemeinden 18 Millionen.

Abtausch der Steuererträge

«Entweder sollten die Mitbestimmungsregeln so angepasst werden, dass die Finanzierer gleichwertig auftreten können oder dass die Verantwortung und Finanzierung in eine Hand übergehen», rät die Stiftung Zukunft.li. Damit sich die Kosten nicht zulasten des Landes oder der Gemeinden verschieben, schlägt die Stiftung einen Abtausch an Steuereträgen vor.

www.volksblatt.l